

Hessisches Kultusministerium

HESSEN



Landesabitur 2007

Bildungsland
Hessen



Beispielaufgaben 2005



Politik und Wirtschaft

Leistungskurs

Beispielaufgabe A 3

Auswahlverfahren: Die Schülerin / der Schüler wählt aus den Aufgaben A 1, A 2 und A 3 eine Aufgabe zur Bearbeitung aus.

Einlese- und Auswahlzeit: 30 Minuten

Bearbeitungszeit: 240 Minuten

Erlaubte Hilfsmittel: Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung

Sonstige Hinweise: keine

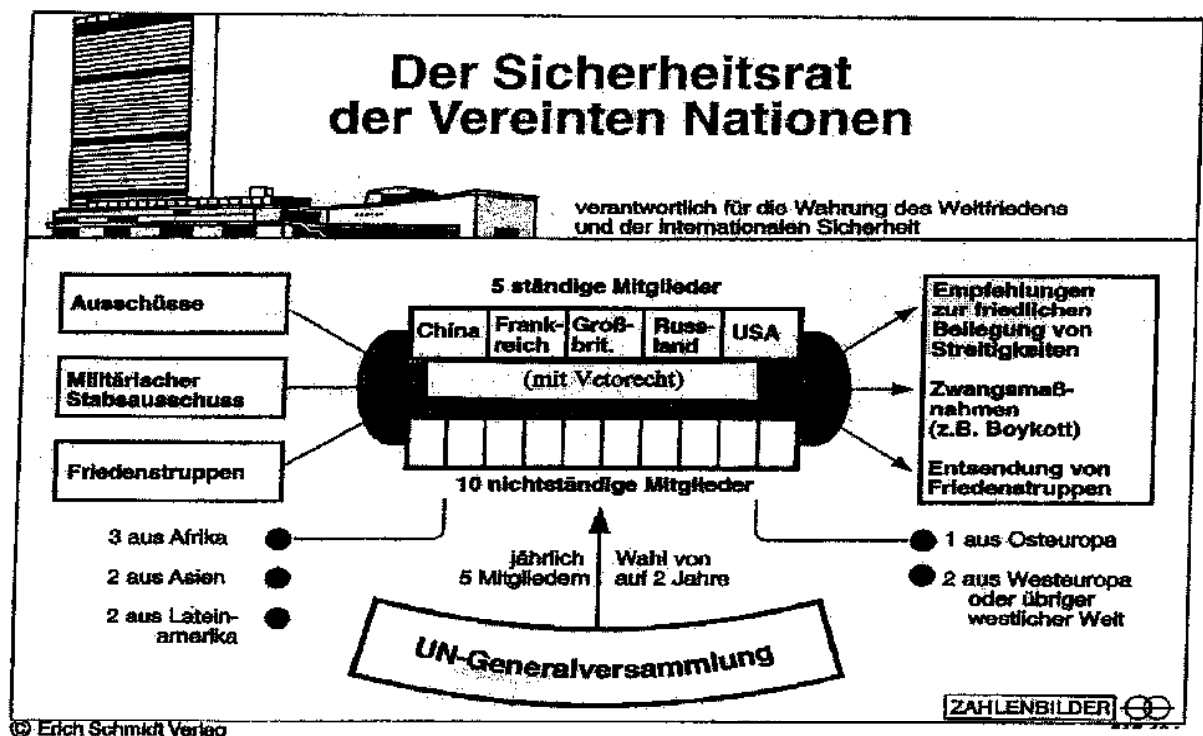
I. Thema und Aufgabenstellung

Weltsicherheitsrat und Anti-Terror-Kampf aus deutscher Sicht

Aufgaben

1. Stellen Sie die Problematik dar, die sich anhand der vorliegenden Materialien aus der Struktur des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ergibt. **(20 BE)**
2. Arbeiten Sie die Kontroverse um einen ständigen Sitz Deutschlands im Weltsicherheitsrat heraus. Entwickeln Sie Vorschläge für Reformen im Aufbau und der Verfahrensweise bei internationalen Konflikten für den Weltsicherheitsrat. **(30 BE)**
3. Erörtern Sie die veränderte außenpolitische Rolle Deutschlands, die sich aus einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat ergäbe. Berücksichtigen Sie dabei auch die Beteiligung Deutschlands am Anti-Terror-Kampf.
Zeigen Sie unter Verwendung der Tagesberichte weitere Konsequenzen für den innenpolitischen Prozess auf. **(50 BE)**

Material 1



aus: Erich Schmidt Verlag, Zahlenbilder

Material 2

Johannes Leithäuser: Geduldsspiel. Deutschlands Streben nach einem Ständigen Sitz im Sicherheitsrat gestaltet sich schwierig

Als Bundeskanzler Schröder vor einem Jahr vor der letzten Generalversammlung die „Bereitschaft“ Deutschlands anbot, mehr Verantwortung in den UN zu übernehmen, markierte er den vierten oder fünften Anlauf auf dieses Ziel seit der Wiedervereinigung.

[...] Schon die erste Bewegung hin auf einen deutschen Sitz war mutmaßlich mehr von diplomatischen Nebenzwecken bestimmt als von der Absicht, das Ziel zu erreichen. Die Initiative entstand kurz vor der Wiedervereinigung in der Umgebung des ehemaligen sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow. Sie wurde vorgetragen von dessen deutschlandpolitischem Berater Portugalow. Das sowjetische Interesse galt damals unter anderem zweifellos der Heranziehung eines dankbaren, machtvollen Verbündeten. Portugalow führte etwa aus, Deutschland solle eine „Brückenfunktion“ zwischen Ost und West wahrnehmen. Er prophezeite zudem, beim Krisenmanagement überall auf der Welt würden die Vereinten Nationen bald auf die Hilfen und Möglichkeiten des vereinten Deutschland weder verzichten können noch wollen. [...]

Die Idee eines „europäischen Sitzes“ im Sicherheitsrat, in dessen Format dann auch Deutschland seinen Platz fände, markiert den zweiten Anlauf zum Ziel. Sie wurde im Februar 1991 erstmals von Willy Brandt vorgetragen. Brandt schlug vor, die Sitze Frankreichs und Großbritanniens in zwei „Ständige Europa-Sitze“ umzuwandeln, die dann zwischen EU-Mitgliedsländern rotieren könnten. Brandts Idee bestimmte seither die Haltung der sozialde-

20 mokratischen und dann – in Regierungsverantwortung – der rot-grünen Außenpolitiker. Sie fand sich in zwei Koalitionsvereinbarungen der gegenwärtigen Bundesregierung wieder und ist endgültig erst außer Kurs geraten, nachdem die europäische Verfassung Maximen einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik fixiert hatte, die eine derartige EU-Repräsentation bei den UN nicht mehr erwähnen.

25 Der dritte Anlauf auf einen Ständigen Sitz ist mit dem Namen des Außenministers Kinkel verbunden, der anders als sein zurückhaltend-bestimmter Vorgänger Genscher das Interesse des Landes energisch-offensiv formulierte. Deutschland werde zwar keine Initiative zur Änderung der UN-Charta ergreifen, stellte Kinkel 1992 fest, doch „wenn Länder wie Japan, Nigeria, Brasilien, Indien einen Sitz im Sicherheitsrat anstreben, tun wir das auch“. Damals begannen die Vereinten Nationen, die Frage der Reform des Sicherheitsrates und die Novellierung ihrer Charta zu institutionalisieren. Seither brütet eine Arbeitsgruppe über beiden Fra-
30 gen, ohne Ergebnisse vorgelegt zu haben. [...]

Die Erweiterung des Sicherheitsrates, um wie viele Mitglieder und mit welchen Nebenabreden auch immer, wird nur im Rahmen einer allgemeinen UN-Organisations- und Aufgabenreform zu bewerkstelligen sein. Generalsekretär Annan hat seit einem Jahr dieses Anliegen als
35 eine Hauptaufgabe für den Rest seiner Anfang 2007 auslaufenden zweiten Amtszeit gekennzeichnet. Er hat eine neue Arbeitsgruppe eingerichtet, die Reformvorschläge entwickeln soll, die dann der bestehenden Reformkommission zugeleitet und, voraussichtlich in einem Jahr, der Generalversammlung vorgelegt werden könnten. Das erste Anliegen jener Länder, die wie Deutschland, Japan, Indien, Brasilien einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat erstreben, muss
40 also sein, die Eigendynamik dieser Reformabsichten zu stärken und Handlungszwänge zu erzeugen, die so mächtig zu werden hätten, dass der Druck am Ende auch die Nuss der künftigen Zusammensetzung des Sicherheitsrates knacken kann.

gek.n.: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.8.2004

Material 3

Wolfgang Schäuble im Deutschen Bundestag am 8.9.2004

Das Streben nach einem weiteren nationalen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat bringt Europa auf dem Weg zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nicht voran, sondern wirft Europa zurück. Das geht in die falsche Richtung. Deswegen ist das alte Denken und nicht zukunftsgewandte Politik.

5 Natürlich weiß ich – das weiß jeder –, dass noch ein ganzes Stück Weges zurückzulegen sein wird, bis die Vereinten Nationen so reformiert sein werden, dass es einen europäischen Sitz im Weltsicherheitsrat geben kann. Im Augenblick kommen wir aber mit der Politik der Bundesregierung bei der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Position nicht voran, sondern entfernen uns von gemeinsamen europäischen Positionen. Deswegen bringt uns die Poli-
10 tik nicht voran.

Im Übrigen: Wenn Sie für einen ständigen Sitz Deutschlands im Weltsicherheitsrat sind, müssten Sie der deutschen Öffentlichkeit und insbesondere Ihrer eigenen Koalition ein bisschen genauer darlegen, was das im Einzelnen bedeutet. Das passt sonst nicht zusammen.

15 Im Ziel sind wir uns einig. Unsere Politik muss darauf gerichtet sein – das ist für mich entscheidend –, dem Ziel, einen ständigen Sitz Europas oder einen Sitz Europas im Weltsicherheitsrat zu erreichen – ob es die Unterscheidung geben muss, ist eine andere Frage –, näher zu kommen, und nicht darauf, sich davon zu entfernen.

- 20 Dass die Forderung nach einem deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat in Europa nur neue Spaltungen, neue Rivalitäten hervorrufen würde – nicht nur in Italien; in Spanien und Portugal genauso – war vorhersehbar. Das ist auch eingetreten. [...]
Wenn es darum geht, die Mission der Vereinten Nationen im Irak zu schützen, sollte kein Mitgliedsland, insbesondere kein Land, das einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat anstrebt, von vornherein sagen, man werde sich unter gar keinen Umständen daran beteiligen.

aus: Protokoll der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 8.9.2004

Material 4

Tagesberichte von November 2001

07.11.

Das Bundeskabinett folgt der Bitte der US-Regierung um militärische Unterstützung beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Rahmen des NATO-Bündnisses und beschließt die Bereitstellung von rund 3.900 Bundeswehrsoldaten. Einem solchen Einsatz muss der Bundestag zustimmen. Einige Abgeordnete der Bundestagsfraktionen von SPD, vor allem aber der Grünen, kritisieren generell die amerikanische Kriegführung in Afghanistan und wollen gegen den Antrag der Regierung stimmen. Wie im Falle der Abstimmung zum ersten Mazedonienereinsatz der Bundeswehr stände die rot-grüne Bundesregierung erneut ohne eigene Mehrheit im Parlament da und wäre auf Stimmen aus der Opposition angewiesen. Bundeskanzler Schröder entscheidet wenige Tage vor der Abstimmung diesen sicherheitspolitischen Antrag mit der Vertrauensfrage nach Artikel 68 GG zu verbinden.

09.11.

Der Bundestag beschließt die Erhöhung der Tabak- und der Versicherungssteuer. Mit den Mehreinnahmen von voraussichtlich 3 Mrd. DM soll die Bekämpfung des internationalen Terrorismus finanziert werden. Den Löwenanteil wird die Bundeswehr für ihre Einsätze erhalten.

16.11.

Bundesregierung und Bundeskanzler erhalten die notwendige absolute Mehrheit des Bundestages ausschließlich mit Stimmen der Regierungskoalition – allerdings mit nur zwei Stimmen mehr (336) als notwendig (334). Vier Grünenabgeordnete hatten gegen den Antrag gestimmt, eine SPD-Abgeordnete war aus der Fraktion ausgetreten. Die Oppositionsparteien hatten wegen der Verbindung mit der Vertrauensfrage alle mit Nein gestimmt, obwohl CDU, CSU und FDP dem Militäreinsatz zugestimmt hätten.

19.11.

Bundeskanzler Schröder erhält als Parteivorsitzender die Rückendeckung für den Einsatz der Bundeswehr gegen den internationalen Terrorismus innerhalb der NATO und damit auch für den Militäreinsatz in Afghanistan. Rund 90 % der Delegierten stimmten für diese Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung.

aus: Aktualitätendienst 2001/2002, Klett-Verlag, S. 123 f.

Korrektur- und Bewertungshinweise - nicht für den Prüfungsteilnehmer bestimmt -

II. Erläuterungen

Der Aufgabenvorschlag ist insgesamt so angelegt, dass Forderungen nach „Aktualität und Struktur“, „Kontroverse und Konsens“, „Offenheit und Wertbezug“ (Lehrplan Politik und Wirtschaft [im Folgenden LP], S. 3) die Materialauswahl wie die Problemstellungen bestimmen sowie Fähigkeiten der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmern zur Anwendung kommen können, die sich aus den Qualifikationsanforderungen des „Abschlussprofils“ (siehe LP, S. 40) ergeben. Dies gilt auch für die methodischen Fähigkeiten zur Materialrezeption und reflexiven Verarbeitung.

Voraussetzungen gemäß Lehrplan:

13/I (Aufgaben 1, 2, 3)

- „Aktuelle internationale Konfliktregionen und die Möglichkeiten kollektiver Friedenssicherung“, insbesondere hier die Themenstichworte: „Interessen, Entstehungsgründe, Konfliktpunkte“, „Entscheidungsprozesse in internationalen Organisationen (UNO, NATO oder OSZE)“, „USA und EU“, „Friedensbegriff und Konzeptionen der Friedenssicherung“
- „Die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung: Neue Aufgaben, Erwartungen, Probleme“, hier als Themenstichwörter „Die sicherheitspolitische Lage Deutschlands“, „Bundeswehreinsätze in Konfliktregionen“, „Gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik“

12/II (Aufgabe 3)

- „Verfassungsnorm und Verfassungsrealität“, hier vor allem die Themenstichwörter „Parlament und Regierung im konkreten politischen Gesetzgebungsprozess“
- „Partizipation und Repräsentation an ausgewählten Beispielen“, insbesondere hier die Stichwörter „Parteien“, „Wahlen“,
- „Bundesrepublik Deutschland und europäische Integration“, hier z. B. „Diskussion um eine neue europäische Verfassung“ (gemeinsamer Außenminister, GASP)

Durch diesen Vorschlag werden die Lern- und Prüfungsbereiche „Internationale Beziehungen“ (13/I) und „Politik und Rechtskunde“ (12/2) abgedeckt.

III. Lösungshinweise

In dieser Aufgabe sollen aus dem Schaubild M1 die Probleme, die sich aus der Struktur des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ergeben, herausgearbeitet werden.

- Hier müsste das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder genannt werden, das schnelle und gemeinsame Entscheidungen in der Vergangenheit oft verhindert hat.
- Insgesamt befinden sich 15 Mitglieder aus verschiedenen Kontinenten und mit unterschiedlichen Interessen im Weltsicherheitsrat. Eine Einigung innerhalb des Gremiums ist daher schwierig.

Die militärische Schlagkraft der UNO ist gering und Durchsetzungserfolge konnten nicht errungen werden.

Die Zusammensetzung des Weltsicherheitsrates der UNO hat sich seit der Gründung nicht mehr verändert. Die ständigen Mitglieder sitzen von Beginn an im Sicherheitsrat.

Inzwischen hat sich die weltpolitische Lage jedoch verändert. Einige ständige Mitglieder sind alte Kolonialmächte.

Die Verteilung der 10 nichtständigen Mitglieder bezogen auf Bevölkerung und Anzahl der Staaten auf dem jeweiligen Kontinent ist ungerecht (Nur 2 Staaten sind aus Asien, trotz des Bevölkerungsschwerpunkts und vieler Krisen).

M2: Leithäuser:

- Deutschland soll eine Brückenfunktion zwischen Ost und West wahrnehmen (sowjetischer Vorschlag).
- Willy Brandt schlug 1991 vor, die Sitze Frankreichs und Großbritanniens in zwei „ständige EU-Europa-Sitze“ umzuwandeln.
- Außenminister Kinkel forderte 1992 einen ständigen Sitz, weil Länder wie Japan, Nigeria, Brasilien und Indien dies auch verlangten.
- Bis 2007 will Generalsekretär Annan Reformvorschläge entwickeln, die auch die Zusammensetzung des Sicherheitsrates betreffen.

M3: Schäuble:

- Ein europäischer Sitz im Weltsicherheitsrat wird gefordert.
- Gemeinsame europäische Position ist nötig.
- Die Forderung Deutschlands nach einem einzelnen Sitz führt zu neuen Spaltungen und Rivalitäten in Europa.
- Ein Sitz im Sicherheitsrat bedeutet eine Beteiligung bei der Mission der Vereinten Nationen im Irak.

Reformen:

- Vetorecht abschaffen → neue Entscheidungsstrukturen schaffen
- Veränderte Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrates, die z.B. den neuen demographischen und machtpolitischen Gegebenheiten Rechnung trägt
- Mehr militärische Macht, um einen größeren Einfluss in betroffenen Ländern zu haben
- Effektive Zusammenarbeit mit NATO, UNO und anderen Staaten und Bündnissen
- Schnelleres Eingreifen
- Mehr Geld für mehr Hilfen

Bei der Erörterung über die veränderte außenpolitische Rolle bei einem Sitz im Weltsicherheitsrat könnten folgende Aspekte angesprochen werden

- Beteiligung bei UN-Missionen
- Mehr Engagement/Aufstockung von Finanzmitteln
- Erhöhte Terrorgefahr
- Veränderte Entscheidungsfindung
- Schwächung der EU-Außenpolitik
- „Nationalere Außenpolitik“
- Schulterchluss mit USA/Verbesserung der Beziehungen
- Veränderung des Einflusses der OSZE und der NATO

Innenpolitische Folgen sollten aus M 4 entnommen werden können:

- Parlamentarische Demokratie
- Finanzpolitik
- Parlamentarische Abstimmungen
- Innerparlamentarische Demokratie

Weitere innenpolitische Folgen könnten sein:

- Innerparteiliche Schwierigkeiten und Machtkämpfe
- Streit um Einsätze der Bundeswehr im Ausland
- Haushaltsdefizit wächst weiter bei großen Ausgaben für Anti-Terror-Kampf
- Eventuelle Machtwechsel
- Steuererhöhung → Ablehnung bei Bevölkerung
- Öffentliche Meinung/Medien
- Wehrpflicht oder Berufsarmee

Wenn anstelle der erwarteten Leistungen sinnvolle Lösungen der Aufgaben vorgelegt werden, die gleichwertige Kenntnisse und Fertigkeiten im Umgang mit Schlüsselbegriffen, Fähigkeiten zur theoretischen Verknüpfungen und zu einem eigenständigen, kritischen Urteil zeigen, werden diese ebenso berücksichtigt und gewertet. Dies gilt insbesondere für die Bezugnahme auf aktuelle Entwicklungen, die durch den Erwartungshorizont nicht antizipiert wurden.

IV. Bewertung und Beurteilung

Eine ausreichende Leistung (05 Punkte) ist dann gegeben, wenn mindestens 46 von 100 Bewertungseinheiten erreicht wurden. Dies ist dann der Fall, wenn die Schülerin bzw. der Schüler **zum Beispiel** folgende Aspekte bearbeitet, gedankliche und methodische Operationen durchgeführt und sprachliche Kompetenzen unter Beweis gestellt hat:

- Hier (M 1) müsste das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder genannt werden, das schnelle und gemeinsame Entscheidungen in der Vergangenheit oft verhindert hat.
- Insgesamt befinden sich 15 Mitglieder aus verschiedenen Kontinenten und mit unterschiedlichen Interessen im Weltsicherheitsrat. Eine Einigung innerhalb des Gremiums ist daher schwierig.

M2: Leithäuser:

- Deutschland soll eine Brückenfunktion zwischen Ost und West wahrnehmen (sowjetischer Vorschlag).
- Willy Brandt schlug 1991 vor, die Sitze Frankreichs und Großbritanniens in zwei „ständige EU-Europa-Sitze“ umzuwandeln.
- Außenminister Kinkel forderte 1992 einen ständigen Sitz, weil Länder wie Japan, Nigeria, Brasilien und Indien dies auch verlangten.
- Bis 2007 will Generalsekretär Annan Reformvorschläge entwickeln, die auch die Zusammensetzung des Sicherheitsrates betreffen.

M3 Schäuble:

- Ein europäischer Sitz im Weltsicherheitsrat wird gefordert.
- Gemeinsame europäische Position ist nötig.
- Ein Sitz im Sicherheitsrat bedeutet eine Beteiligung bei der Mission der Vereinten Nationen im Irak.

Reformen:

- Vetorecht abschaffen → neue Entscheidungsstrukturen schaffen
- Veränderte Zusammensetzung des Sicherheitsrates

Bei der Erörterung über die veränderte außenpolitische Rolle bei einem Sitz im Weltsicherheitsrat könnten folgende Aspekte angesprochen werden:

- Beteiligung bei UN-Missionen
- Mehr Engagement/Aufstockung von Finanzmitteln
- Mehr Terrorgefahr

Innenpolitische Folgen sollten aus M4 entnommen werden können:

- Parlamentarische Demokratie
- Finanzpolitik
- Parlamentarische Abstimmungen
- Innerparlamentarische Demokratie

Weitere innenpolitische Folgen könnten sein:

- Innerparteiliche Schwierigkeiten und Machtkämpfe
- Streit um Einsätze der Bundeswehr im Ausland
- Haushaltsdefizit wächst weiter bei großen Ausgaben für Anti-Terror-Kampf

Für eine gute Leistung (11 Punkte) müssen mindestens 76 von 100 Bewertungseinheiten erreicht worden sein. Zusätzlich zu den für die Vergabe von 05 Punkten genannten Kriterien sind hier **zum Beispiel** folgende Aspekte, gedankliche und methodische Leistungen und sprachliche Kompetenzen relevant:

Die militärische Schlagkraft der UNO ist gering und Durchsetzungserfolge konnten nicht immer erungen werden.

Die Zusammensetzung des Weltsicherheitsrates der UNO hat sich seit der Gründung nicht mehr verändert. Die ständigen Mitglieder sitzen von Beginn an im Sicherheitsrat. Inzwischen hat sich die welt-politische Lage jedoch verändert.

Schäuble:

- Die Forderung Deutschlands nach einem einzelnen Sitz führt zu neuen Spaltungen und Rivalitäten in Europa.

Reformen:

- Mehr militärische Macht, um einen größeren Einfluss in betroffenen Ländern zu haben
- Effektive Zusammenarbeit mit NATO, UNO und anderen Staaten und Bündnissen

Erörterung:

- Veränderte Entscheidungsfindung
- Schwächung der EU-Außenpolitik
- „Nationalere Außenpolitik“

Weitere innenpolitische Folgen:

- Eventuelle Machtwechsel
- Steuererhöhung → Ablehnung bei Bevölkerung

Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

	BE	Anf. I	Anf. II	Anf. III
1	20	5	10	5
2	30	10	15	5
3	50	10	25	15
	Σ 100	Σ 25	Σ 50	Σ 25